

KARIN ROTH informiert zur Sache



November 2011

Kein weiter so – mehr Engagement gegen rechts!

Die von der rechtsterroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ verübten Morde zählen zu den schwersten und abscheulichsten Verbrechen, die die Bundesrepublik erlebt hat. **Ihre lückenlose strafrechtliche Aufklärung ist die erste Pflicht und ein wichtiges Zeichen für die Angehörigen der Opfer sowie für unsere Gesellschaft als Ganzes.** Die Terrorakte sind ein Angriff auf unser Gemeinwesen und unsere Demokratie. Tatsache ist: Eine rechtsterroristische Zelle konnte über Jahre hinweg eine Mordserie begehen, ohne aufzufallen. Wir müssen wissen, was schiefgelaufen ist. Das Versagen des Verfassungsschutzes muss rückhaltlos aufgeklärt werden.

In seiner Rede (angefügt) am Dienstag im Bundestag forderte SPD-Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier: „Dass die so lange dazu fähig waren, ist auf beschämende Weise ein Versagen des Staates. Das muss Konsequenzen haben. Und dazu braucht man nicht nur den altbekannten Aufstand der Anständigen. Nein, wir brauchen auch den Anstand der Zuständigen!“ Aufklärung müsse geschehen, wie es sein könne, dass der ungeheuerliche Verdacht im Raum stehe, dass einzelne Verfassungsschutzämter in das Milieu der Nazi-Mörder involviert waren. Offenbar war es sogar so, dass V-Leute das Trio und deren Unterstützer warnten. Warum, fragte Steinmeier, seien V-Leute dabei gewesen, als Aktionen abgebrochen wurden?

Der rechtsextremistische Terror ist ein Weckruf: Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung der rechtsextremistischen Gefahr. **Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss eine zentrale Aufgabe aller demokratischen Kräfte sein.** Die menschenverachtende Ideologie und die rassistische Einstellung der rechtsextremen Kameradschaften müssen sowohl mit polizeilichen Mitteln als auch gesellschaftspolitisch engagiert bekämpft werden. Das ist eine Daueraufgabe. Wie in kaum einem anderen Bereich geht es vor allem um Prävention. Das kann der Staat nicht alleine. Er ist auf zivil-gesellschaftliche Organisationen und auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Gemeinsam müssen wir dem Hass der Rechtsextremen jeden Tag aufs Neue den Mut und die Kraft der Demokraten entgegensetzen.

Am Morgen des 22. November verabschiedeten alle Parteien im Bundestag einen gemeinsamen, interfraktionellen Entschließungsantrag (Drs. 17/7771, angefügt), der die rechtsextremistischen Terrorakte aufs Entschiedenste verurteilt.

Es muss Schluss sein mit der Verharmlosung des Rechtsextremismus. Die rechtsextremistische Terrorserie ist ein unmissverständlicher Weckruf: Die Gefahr des Rechtsextremismus muss ernst genommen werden. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss wieder zu einer zentralen Aufgabe aller demokratischen Kräfte werden. Die Täter zielen auf die freiheitliche Gesellschaftsordnung. Die müssen und werden wir verteidigen. So falsch es wäre, jetzt in symbolischen Aktionismus zu verfallen, so falsch wäre es, rechtsextremistische Demokratieverachtung, Menschenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft weiter zu unterschätzen. Gefragt sind Besonnenheit und Entschlossenheit gleichermaßen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.karin-roth.de

Drei Aufgaben stehen an: Wir müssen den Angehörigen der Opfer die Solidarität des Staates und der ganzen Gesellschaft zeigen. Wir müssen die Verbrechen und die Rolle der Sicherheitsbehörden lückenlos aufklären. Und wir müssen den Kampf gegen Rechtsextremismus sowohl polizeilich als auch gesellschaftspolitisch entschlossen führen.

1. Den Angehörigen der Opfer Solidarität erweisen

Die Morde gehören zu den abscheulichsten Verbrechen, die wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Es ist beschämend, dass der Staat nicht in der Lage war, den Ermordeten vor diesen Terroristen Schutz zu bieten. Es sind Menschen zu Opfern geworden, die zu uns gehörten. Die Verwandten und Hinterbliebenen erwarten zu Recht die Solidarität unserer Gesellschaft. Es bedarf einer Geste des Staates, die deutlich macht, dass wir alle die Trauer dieser Menschen teilen und sie nicht alleine sind.

Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen. Ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit lebendig sind. Die Würde des Menschen ist unantastbar, so steht es in unserem Grundgesetz. Die kaltblütigen Terrorakte sind ein Angriff auf uns alle, auf unser Gemeinwesen, auf unsere Demokratie.

2. Die Verbrechen lückenlos aufklären

Wir fordern eine vollständige Aufklärung der Morde. Die Täter und Helfer müssen bestraft werden. Die Rolle deutscher Sicherheitsbehörden muss schonungslos offengelegt werden. Das sind wir den Opfern, ihren Familien und Freunden schuldig.

Wir müssen uns fragen, was bei der Aufklärung schief gegangen ist. Immerhin standen die mutmaßlichen Täter schon in den neunziger Jahren unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Der Thüringer Verfassungsschutz hatte 24 Aktenordner, aber keine Ahnung. Tatsache ist, dass eine rechtsterroristische Zelle über Jahre hinweg eine Mordserie begehen konnte und überhaupt nicht auffiel.

Wer einen Blick wirft auf den hessischen Verfassungsschutz im Jahr 2006 und auf den Verfassungsschutz in Thüringen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wirft, der gewinnt den Eindruck, dass dort problematische Zustände geherrscht und zweifelhafte Personen gearbeitet haben. Dies muss aufgeklärt werden. Es ist gut, dass das Bundeskriminalamt die Ermittlungen übernommen hat. Das Vertrauen in den Rechtsstaat steht auf dem Spiel. Eine öffentlich sichtbare Aufarbeitung der Mordserie ist daher angezeigt.

3. Rechtsextremismus bekämpfen und vorbeugen

Wir müssen dem Hass der Rechtsextremen den Mut und die Kraft der Demokraten in diesem Land entgegenzusetzen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss auf allen Ebenen konsequent geführt werden. Dazu gehört, auf rechtsextremistische Aktivitäten mit Mitteln der Strafverfolgung entschieden zu reagieren. Dazu gehört aber vor allem auch, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit präventiv und nachhaltig zu bekämpfen. Das ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden müssen verbessert werden. Eine Wiederholung der Verkettung von Unkenntnis, Untätigkeit und Fehleinschätzung muss für die Zukunft ausgeschlossen werden. Die Vertrauenskrise muss Konsequenzen für die Arbeit von Nachrichtendiensten und Verfassungsschutz haben. Die Beschlüsse der Innen- und Justizminister von Bund und Ländern, Rechtsextremisten in einer zentralen Datei zu erfassen und ein „Abwehrzentrum Rechts“ unter Beteiligung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundeskriminalamts einzurichten, sind Schritte in die richtige Richtung. Sie können helfen, gemeinsam drohende Gefahren früher zu erkennen. Dabei sind die Grundrechte und das Trennungsgebot zu wahren.

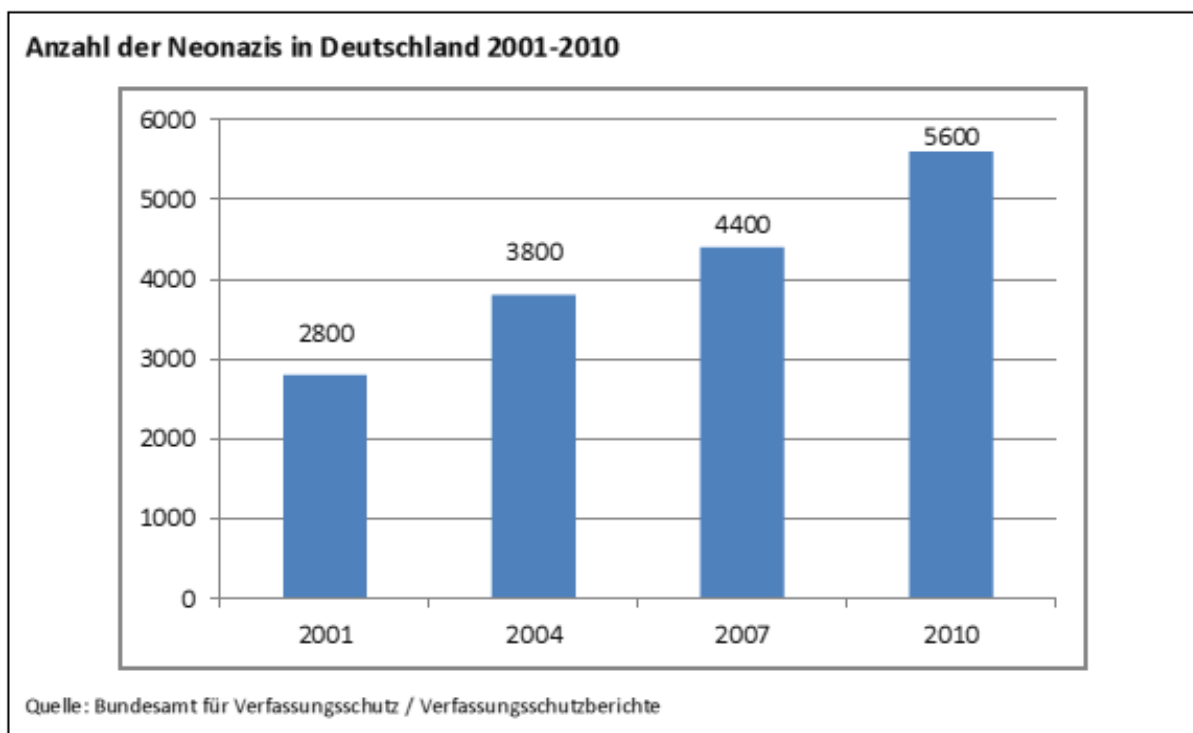
- **Das Verbot der NPD muss kommen – völlig unabhängig von der Mordserie.** Die NPD scheint zwar nicht unmittelbar in die aktuellen Fälle verwickelt zu sein. Aber sie bietet Rechtsextremisten ein geistig-ideologisches Umfeld. Die NPD ist eine verfassungsfeindliche, antidemokratische, in Teilen gewaltbereite Partei. Sie ist rassistisch und antisemitisch. Es ist unerträglich, dass die NPD ihre braune Propaganda verbreiten darf und dafür auch noch Steuergelder bekommt. Solange diese Partei legal operieren kann, wird sie gewaltbereiten rechtsextremen Kameradschaften immer wieder Rückhalt bieten. Auch wenn ein NPD-Verbot allein nicht alle Probleme des Rechtsextremismus in Deutschland löst, wäre es doch ein klares Signal der Ächtung menschenverachtender Gesinnung durch den demokratischen Staat. Deshalb muss das Verbot der NPD noch einmal auf die Tagesordnung. Dabei ist klar, dass ein Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gründlich vorbereitet werden muss. Die Innenminister von Bund und Ländern müssen sich auf einen Masterplan verständigen. Dazu gehört auch ein Zeitplan für den geordneten Abzug der verbliebenen V-Leute aus Funktionen in der NPD.
- **Der Einsatz von V-Leuten muss neu bewertet werden.** V-Leute können wichtig sein, um Gefahren frühzeitig zu erkennen. Aber es gibt deutliche Hinweise darauf, dass der Einsatz von V-Leuten teilweise nicht zu mehr Sicherheit geführt hat, sondern die Vielzahl an V-Leuten in der rechtsextremen Szene sogar das Gegenteil bewirken kann. Wenn V-Leute in der Führungsstruktur einer Organisation stark vertreten sind, fragt sich am Ende, wer hier gerade tätig ist: die rechtsextreme Organisation oder die vom Staat bezahlten Informanten. Deshalb wollen wir das System der V-Leute neu überdenken. Die Vorbereitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht ist dafür ein guter Anlass.

Klar ist aber auch: Man kann den Rechtsextremismus nicht nur mit Verboten, Polizei und Verfassungsschutz erfolgreich bekämpfen. Mindestens ebenso wichtig ist es, präventiv und aufklärend zu wirken, die gesellschaftlichen Bindekräfte zu stärken und Rechtsextremen keine Räume zu geben, in die sie eindringen können. Das kann der Staat nicht allein. **Deshalb muss die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Wir sind überzeugt: Die Stärkung der Demokratie und der engagierten Demokratinnen und Demokraten sind der beste Verfassungsschutz.**

Um die rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft zu bekämpfen, wollen wir insbesondere die 2001 von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus dauerhaft und verlässlich unterstützen. Die Programme haben zum Aufbau lokaler Strukturen beigetragen und zeigen Wirkung. Bürgerinnen und Bürger verteidigen die Demokratie gegen Neonazis: Im persönlichen Gespräch, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz, in den Kommunalparlamenten und nicht zuletzt auch zunehmend bei Demonstrationen und Blockaden gegen Naziaufmärsche. Ohne die Opferberatungen, Mobilen Beratungsteams und die vielen Initiativen vor Ort stünde der Kampf gegen Rechtsextremismus in vielen Regionen auf verlorenem Posten.

- **Die Mittel für die Programme gegen Rechtsextremismus müssen kurzfristig aufgestockt werden.** Wir fordern, die veranschlagten Mittel für die Extremismusprävention insgesamt von 27 auf 30 Millionen Euro im Jahr 2012 zu erhöhen. 19 Millionen Euro sind für Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie vorzusehen. Für die Förderung von Beratungsnetzwerken setzen wir 8 Millionen Euro an. Maßnahmen gegen Linksextremismus und Islamismus sollen mit 3 Millionen Euro gefördert werden. Die Haushaltsansätze für die Maßnahmen gegen Rechtsextremismus einerseits und gegen Linksextremismus und Islamismus andererseits müssen voneinander getrennt werden. Denn wir sind der Überzeugung, dass eine Zusammenlegung den Rechtsextremismus verharmlost, seine Analyse verschleiern und seine Bekämpfung erschwert. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus benötigt andere Mittel und andere Instrumente als die Bekämpfung anderer Extremismusformen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Aufstockung der Mittel für die Bundeszentrale für Politische Bildung ein. Die von der Regierung geplante Ausgabenkürzung um 2,3 Millionen Euro muss zurück genommen und die Mittel sollen zusätzlich um 1,2 Millionen Euro erhöht werden.

- **Die Finanzierung der Programme gegen Rechtsextremismus muss dauerhaft gesichert werden.** Viele Träger leiden unter der Kurzfristigkeit und Prekarität ihrer Finanzierung. Gelungene Modellprojekte können deshalb oft nicht langfristig etabliert werden, Organisationswissen geht verloren und qualifiziertes Personal wandert ab. Unser Ziel ist es, dauerhafte Strukturen zu fördern. Gute und etablierte Projekte müssen verlässlich unterstützt werden. Dafür muss die alljährliche Abhängigkeit vom Bundeshaushalt verringert werden. Wir brauchen eine Finanzierung, etwa auf der Basis eines Stiftungsmodells, die eine kontinuierliche Unterstützung bewährter und erprobter Arbeit gegen Rechtsextremismus sicherstellt. Darüber hinaus bedarf es eines weiteren Topfes, aus dem neue und Erfolg versprechende Programme finanziert werden. Die dreijährige Befristung der Projekte muss aufgehoben werden. Gute Projekte dürfen auch länger dauern.



Nicht zuletzt ist es eine zentrale Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken und allen jungen Menschen gute Zukunftschancen zu geben. Dazu gehört, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu stärken und **unsere Städte und Gemeinden finanziell gut auszustatten**, so dass sie Kultur, Sport, Jugendarbeit und Sozialarbeit wieder ausbauen können. Wir dürfen nicht zulassen, dass beispielsweise die NPD in einer Gemeinde anbietet, den Kindergarten auf Parteikosten zu übernehmen, weil die Gemeinde kein Geld dafür hat. Es gilt, Bildung als öffentliches Gut zu stärken und alles dafür zu tun, um **allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen auf beste Bildung zu garantieren.**

Staat und Gesellschaft müssen ein klares Zeichen setzen: Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in einem demokratischen Deutschland keinen Platz.

Ihre